

«Individuelle Familienmodelle werden nur durch individuelle Lösungen ermöglicht»

Interview Bis Sommer 2022 muss Liechtenstein eine EU-Richtlinie umsetzen, die einen bezahlten Vaterschafts- sowie Elternurlaub vorsieht. Vergangenes Jahr formierte sich die IG Elternzeit, die kürzlich ein mögliches Modell präsentierte. Lino Nägele und Orlando Wanner über die Vorteile und mögliche Hürden.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Sie haben einen Vorschlag zur Elternzeit ins Rennen geworfen. Wo sehen Sie die zentralen Vorteile?

Lino Nägele: Gegenüber der momentanen Situation ist unser Modell viel flexibler. Die Eltern werden so nicht vom Staat in ein Familienmodell gedrängt, was eines unserer Hauptanliegen war. Ein grosses Plus ist zudem, dass man die flexible Elternzeit in Teilzeit beziehen kann. Insbesondere dem Neugeborenen sollte unser Vorschlag einen Mehrwert bringen. Natürlich sind wir auf die EU-Richtlinie eingegangen, die wir als EWR-Mitglied ohnehin bis August 2022 erfüllen müssen. Zum anderen wollten wir eine Lösung, die nach unserer Meinung politisch durchsetzbar und wirtschaftlich verträglich ist. Wir sind überzeugt, dass man so den Wirtschaftsstandort stärken kann, weil Liechtenstein attraktiver für junge Fachkräfte wird. Ausserdem fördert unser Vorschlag die Gleichberechtigung.

Väter können in Ihrem Vorschlag bis zu 18 Wochen bezahlten Urlaub nehmen, davon sind 2 Wochen Vaterschaftsurlaub verpflichtend. Weitere 16 Wochen lägen unbezahlt drin. Mehr Gleichberechtigung bringt das aber nur, wenn die Väter dies auch in Anspruch nehmen.

Orlando Wanner: Prinzipiell gehen wir stark davon aus, dass in jungen Familien sowohl Vater als auch Mutter ein starkes Interesse daran haben, Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Uns war Flexibilität wichtig: Die Elternzeit soll in Teilzeit bezogen werden und individuell unter Vater und Mutter aufgeteilt werden können. So können sie die Betreuung des Kindes möglichst lange selbst übernehmen. Denn Studien besagen, dass gerade im ersten Lebensjahr eines Kindes die Bindung zu den Eltern sehr wichtig ist. Wir gehen also davon aus, dass das Angebot genutzt wird, auch aufgrund unserer eigenen Erfahrung. Positive Rückmeldungen kamen auch von unseren Mitgliedern der IG Elternzeit und von Dritten.

Nägele: Ich glaube, es wird anfangs schon noch eher die Frau zu Hause bleiben. Vielleicht wird sich das ändern. Wir finden, ein Staat muss das ermöglichen.

Wanner: Es wäre ein erster Schritt in die gewünschte Richtung. Wir möchten mehr Gleichstellung und für Eltern die Chance, das Kind möglichst lange selbst zu betreuen.

Bisher wurde der unbezahlte Elternurlaub wenig in Anspruch genommen. Das lag nicht nur an der finanziellen Situation, sondern auch daran, weil es die Arbeit nicht zulies. Besteht in Ihrer Lösung ein Recht auf die Elternzeit?

Nägele: Die zwei Wochen Vaterschaftsurlaub nach der Geburt wären in unserem Modell für alle Väter verpflichtend. Insbesondere in der Kennenlernphase ist das natürlich sehr wichtig. Wie beim heutigen Mutterschaftsurlaub hätte man zudem das Recht auf die Elternzeit, nur dass diese beide Elternteile beziehen können.

Wanner: Das ist die Flexibilität und die Eigenverantwortung, die wir erreichen möchten.



Orlando Wanner (links) und Lino Nägele (rechts) von der IG Elternzeit heben die Flexibilität ihres Lösungsmodells gegenüber der aktuellen Situation hervor: «Wenn man die Elternzeit gut nutzt, können die Eltern das Kind relativ lange selbst betreuen. Aber da muss jede Familie für sich die beste Lösung finden.» (Foto: Paul Trummer)

Sie haben versucht, das Modell möglichst breit abzustützen, damit es politisch realisierbar ist. Wie waren die Rückmeldungen in diesem Prozess, wie kam dieser Kompromiss zustande?

Nägele: Wir konnten bei der Gründungsveranstaltung im Oktober knapp 20 Mitglieder für die IG Elternzeit gewinnen. Bei gemeinsamen Workshops mit den Mitgliedern hat sich die Lösung bis zu einem gewissen Grad herauskristallisiert. Den Rahmen gaben die EWR-Bestimmungen vor. Wir Vorstandsmitglieder haben uns zudem immer wieder mit Elternvertretungen und weiteren Organisationen ausgetauscht und deren Inputs wiederum in den Workshops eingebracht. Wir möchten die Gelegenheit auch nutzen und allen danken, die uns unterstützt haben.

Wanner: Angefangen hat alles im Juni 2019, als Lino Nägele durch die Geburt seiner Tochter zum ersten Mal mit dem Thema Elternzeit konfrontiert wurde. Als er mir und Stephan Agnolazza-Hoop von seinen Überlegungen erzählt hat, wurde uns schnell klar, wir möchten hier etwas machen.

Nägele: Als die Idee das erste Mal aufkam, hatten wir noch keine konkreten Vorstellungen. Wir wussten nur, dass Liechtenstein hier Handlungsbedarf hat.

Erst später wurde uns bewusst, dass Liechtenstein die bezahlte Elternzeit und den Vaterschaftsurlaub bis zum August 2022 ohnehin umsetzen muss. Wir haben uns unter anderem bei der Regierung nach dem aktuellen Stand erkundigt und gemerkt, dass noch nicht viel unternommen wurde.

Diesen Eindruck hatte ich auch, als ich bei der Regierung eine Anfrage stellte. Es bleibt noch rund ein Jahr, um die Vorgaben umzusetzen. Die Ministerien schienen sich aber noch nicht wirklich damit beschäftigt zu haben und sich vielmehr die «heisse Kartoffel» zuzuschieben. Wie waren die Rückmeldungen der Regierung auf Ihren Vorschlag?

Wanner: Wir hatten gute Gespräche und auch positive Antworten bekommen. Wir haben uns vor allem mit dem Gesellschaftsministerium darüber ausgetauscht, ob unser Vorschlag gegen EWR-Richtlinien verstossen würde und erhielten Unterstützung in rechtlichen Fragen.

Ein Gegenvorschlag liegt jedenfalls noch nicht auf dem Tisch. Trotzdem gibt es noch ein paar Knacknüsse. Zum einen lehnt die LIHK eine Erhöhung von Lohnnebenkosten ab – im Raum stehen 0,8 Prozent höhere Abgaben, die vom Arbeitgeber und -nehmer gleichermaßen getragen würden. Sollte sich Ihrer Meinung nach auch der Staat beteiligen?

Wanner: Die Finanzierung ist eine der Knacknüsse und sicher ein grosser Punkt. Wir haben uns dabei vor allem an der Interpellationsbeantwortung der Regierung an den Landtag betreffend die Finanzierung einer bezahlten Elternzeit vom Oktober 2020 orientiert, in der sie die möglichen Kosten einer Elternzeit aufzeigt. Diese basiert aber auch auf vielen Annahmen. Wichtig war uns eine Ausgewogenheit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und die langfristige Finanzierung. Es kämen diverse Quellen infrage, beispielsweise über einen Staatsbeitrag, die Mehrwertsteuer, AHV, FAK oder eine eigene Kasse. Der Rahmen ist bewusst offengehalten. Auch aus diesem Grund haben wir das Instrument der Petition gewählt, damit die Regierung selbst einen Vorschlag ausarbeiten kann.

Besonders kleine Unternehmen könnten damit zu kämpfen haben, wenn Eltern mehrere Wochen wegbleiben. Nägele: Wenn eine Frau schwanger wird, fehlt sie auch heute fünf Monate bei der Arbeit. Wenn das frühzeitig kommuniziert wird, ist es machbar. In sehr frauenlastigen Branchen funktioniert das schon seit Jahrzehnten.

Wanner: Es geht in kleinen Betrieben, in welchen viele Frauen angestellt sind, auch. Es ist eine Sache der Kommunikation und Zusam-

menarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Der LANV kritisiert unter anderem, dass nur der Mindeststandard durchgesetzt und der Mutterschaftsurlaub verkürzt wurde.

Wanner: Wir wollten auch nicht einfach die EU-Richtlinie übernehmen, sondern eine liechtensteinische Lösung. Unsere Überlegung war, was kann man machen, damit man eine flexible Elternzeit hat, die dem Neugeborenen etwas bringt. Der LANV weist auch darauf hin, dass es eine gesetzliche Regelung für die bezahlte Stillzeit am Arbeitsplatz gibt, diesem Punkt stehen wir natürlich offen gegenüber.

Nägele: Wir wurden auch von vielen Seiten gefragt, warum wir den Mutterschaftsurlaub nicht als Basis nehmen. Aber dieser war nie dafür gedacht, dass man eine Elternzeit daraus macht. Wenn schon, dann muss man das System ganzheitlich betrachten, anstatt eine Flicklösung zu machen. Individuelle Familienmodelle werden nur durch individuelle Lösungen ermöglicht. Dass der Mutterschaftsurlaub von 20 Wochen verkürzt wird, wie vom LANV eingeworfen, stimmt so nicht. In unserem Vorschlag haben wir einen Mutterschutz von 10 Wochen, eine Mutterschaftszeit von 4 Wochen und die flexible Elternzeit von 8 Wochen. Somit wären wir bei 22 Wochen. Nimmt man die bezahlte Mutterschaftszeit von 8 Wochen gemäss unserer zweiten Phase noch hinzu, wären wir bei bezahlten 30 Wochen, die eine Mutter beziehen könnte.

Wanner: Wenn sich die Mutter entschliesst, alles zu beziehen, hat sie also mehr Wochen zur Verfügung als heute. Wenn der Vater, neben dem Vaterschaftsurlaub, einen Teil in Anspruch nimmt und die Mutter früher wieder arbeiten gehen will, hat sie weniger Wochen. Das ist dann aber die Entscheidung der Eltern.

Nägele: Wenn eine Mutter nach 14 Wochen wieder arbeiten gehen möchte, verfällt heute zudem ihr Anspruch auf den restlichen Mutterschaftsurlaub. Nach unserem Modell

könnte sie den Rest später oder in Teilzeit beziehen, oder der Vater übernimmt einen Teil. Das ist heute nicht möglich. Aber es geht nicht nur um die Elternzeit an sich, sondern auch um die Frage, wie diese vergütet wird. Die EU-Richtlinie gibt diesbezüglich nur vor, dass die Elternzeit «angemessen bezahlt» wird. Was das konkret heissen soll, wird nicht ausgeführt. Ich denke, wir haben einen guten Kompromiss gefunden. Die Elternzeit wird mit 80 Prozent des AHV-pflichtigen Lohns vergütet – allerdings gibt es in der Bindungsphase einen Deckel von 4175 Franken pro Monat. Uns war es wichtig, dass man davon leben beziehungsweise die Zeit überbrücken kann. Denn schon heute gibt es 16 Wochen unbezahlten Elternurlaub – das muss man sich aber leisten können.

Für viele Eltern wird wohl das finanzielle ausschlaggebend sein: Heute sind 20 Wochen vergütet, nach Ihrem Modell wären es bis zu 40 Wochen. Zunächst muss die Petition aber noch die Hürde schaffen, dass der Landtag diese überhaupt überweist. Glauben Sie, Sie haben gute Chancen?

Wanner: Das ist schwer zu sagen. Wir sind froh um die Rückmeldung, die wir von diversen Organisationen wie beispielsweise den Fraktionen bekommen haben. Wir gehen auch davon aus, dass der Regierung der Zeitdruck bewusst ist. Ob sie unseren Vorschlag dann so umsetzt, können wir nicht abschätzen. In unseren Augen haben wir einen guten, ausgewogenen und liechtensteinischen Lösungsweg ausgearbeitet, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Bei den Parteien haben Sie also schon vorgesprochen. Waren Sie auch auf Schloss Vaduz? Erbprinz Alois merkte des Öfteren an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Wanner: Nein, bisher haben wir unsere Lösung einzig den Landtagsfraktionen persönlich vorgestellt.

Angenommen, Ihren Vorschlag gäbe es bereits. Wie hätten Sie sich persönlich die Elternzeit mit den Müttern aufgeteilt?

Nägele: Das hängt stark von der individuellen Situation ab. Neben den verpflichtenden zwei Wochen Vaterschaftsurlaub könnte ich mir aber vorstellen, dass ich die Elternzeit als Teilzeit beziehen würde und beispielsweise einen Tag in der Woche zu Hause bin. Meine Frau würde gerne wieder mehr arbeiten, das wäre für unsere Situation die beste Lösung.

Wanner: Ich hätte einen ähnlichen Weg gewählt. Wenn man die Elternzeit gut nutzt, können die Eltern das Kind relativ lange selbst betreuen. Aber da muss jede Familie für sich die beste Lösung finden.

Das Modell

Die von der IG Elternzeit vorgeschlagene Lösung sieht ein flexibles Modell vor, bei dem sich die Eltern je nach individuellem Bedarf untereinander aufteilen können. Möglich sind bis zu 40 bezahlte Wochen, weitere 16 Wochen wären unbezahlt. Das «Volksblatt» berichtete am 21. Juli ausführlich über den Vorschlag.



«Es geht nicht nur um die Elternzeit an sich, sondern auch um die Frage, wie diese vergütet wird.»

LINO NÄGELE
CO-PRÄSIDENT IG ELTERNZEIT

«Elternzeit funktioniert auch in kleinen Betrieben, in welchen viele Frauen angestellt sind.»

ORLANDO WANNER
CO-PRÄSIDENT IG ELTERNZEIT